

520825-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Rahmenvereinbarung für Bundeswehrmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021

OJ S 169/2024 30/08/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch d. Bundesministerium d. Verteidigung, vertreten durch d. Amt für Bundesbau (ABB), vertreten d. Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) NL Kaiserslautern, vertreten durch die Niederlassungsleitung

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung für Bundeswehrmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021

Beschreibung: . Bei dem Auftrag handelt es sich um eine Rahmenvereinbarung. Diese umfasst Planungsleistungen/Leistungsbilder gem. HOAI 2021, Teil 3 (Objektplanung) Abschnitt 1: §34 Gebäude und Innenräume. In der Rahmenvereinbarung sind die Leistungsphasen 2-9 und verschiedene Objekte aus der Anlage zu §10 HOAI enthalten. (Aufgrund von Eigenleistungen in Teilbereichen auch Wegfall von Grundleistungen bzw. Teilleistungen von Grundleistungen). Neben Grundleistungen sind auch besondere Leistungen zu erbringen .

Kennung des Verfahrens: 3e280940-30a4-4e98-a9f6-0c6647c1b427

Interne Kennung: 24D0331

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kaiserslautern

Land, Gliederung (NUTS): Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt (DEB32)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Hauptorte der Ausführung: Es handelt sich bei den geplanten Einzelabrufen (Projekten) um Bundeswehr- Liegenschaften im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern. Der Zuständigkeitsbereich umfasst folgende Kreise/Kreisfreie Städte: Donnersbergkreis, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach, Pirmasens, Bruchmühlbach-Miesau, Kreis Kaiserslautern, Zweibrücken, Kaiserslautern, Südwestpfalz, Kusel. .

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 24 750 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYDF59 1) Bewerber-/Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrags gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. 2) Eignungsleihe (§§ 26 Abs. 3, 27 Abs. 4 VSVgV) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens in Schriftform (§ 126 BGB) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 9 VSVgV) Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Vergabeunterlagen / Teilnahmeantrag / Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) in einem verschlossenen Umschlag bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Der Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen ist an der dafür vorgesehenen Stelle durch rechtmäßige Originalunterschrift (keine Scans und keine Kopien) einer vertretungsberechtigten Person zu unterzeichnen. Der Teilnahmeantrag ist an die genannte Kontaktadresse auf dem Postweg einzusenden od. dort abzugeben. Eine

elektronische Einreichung ist nicht zugelassen. In elektronischer Form eingereichte od. nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Vordrucke des AGs gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Die Einheitliche Elektronische Eigenerklärung (EEE) ist nicht zugelassen. Für die Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags sowie der späteren Angebote und der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt, mit Ausnahme der Einreichung der Teilnahmeanträge und Angebote sowie der Durchführung der Verhandlungsgespräche, ausschließlich über den VMP RLP.

7) zur elektronischen Rechnungsstellung Entgegen der systemseitigen Voreintragungen bei den Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen bzw. bei den Bedingungen für die Auftragsvergabe ist eine elektronische Rechnungsstellung zulässig aber NICHT erforderlich.

8) zur Begrenzung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, Beschäftigtenzahl, Zahl der Beschäftigten der Objektplanung Gebäude und Innenräume, Anzahl und Qualität der Referenzen. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 6 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

9) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen) vorzulegen.

10) zu den Fristen - Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Angabe zum Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe ist nur ein voraussichtlicher Termin. Der tatsächliche Aufforderungstermin kann bedingt durch den Verfahrensverlauf davon abweichen. Weitere Angaben:

11) Der Auftraggeber behält sich das Recht vor die Verhandlungsgespräche per Videokonferenz durchzuführen oder den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvereinbarung für Bundeswehrmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021

Beschreibung: . Beim Auftrag handelt es sich um eine Rahmenvereinbarung. Diese umfasst Planungsleistungen /Leistungsbilder gem. HOAI 2021, Teil 3 (Objektplanung) Abschnitt 1: §34 Gebäude und Innenräume. In der Rahmenvereinbarung sind die Leistungsphasen 2-9 und verschiedene Objekte aus der Anlage 10 HOAI enthalten. (Aufgrund von Eigenleistungen in Teilbereichen auch Wegfall von Grundleistungen bzw. Teilleistungen von Grundleistungen). Neben Grundleistungen sind auch besondere Leistungen zu erbringen. Das geschätzte Auftragsvolumen beträgt ca. 150.000.000,00 Euro netto anrechenbare Kosten für die Vertragslaufzeit. Dieses geschätzte Auftragsvolumen wird hiermit nicht festgelegt, d.h. es kann höher oder geringer ausfallen. Der Höchstwert des Auftragsvolumens beträgt 165.000.000,00 Euro netto anrechenbare Kosten für die Vertragslaufzeit. (Bei Rahmenvereinbarungen oder dynamischen Beschaffungssystemen - veranschlagter maximaler Gesamtwert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems) . Die Rahmenvereinbarung wird mit mehreren Auftragnehmern (Anzahl 3) abgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, sofern nicht genug Bieter vorhanden sind, den Vertrag auch mit weniger Auftragnehmern (mindestens 1 Auftragnehmer) zu schließen. Die Abrufsystematik erfolgt im rollierenden System. Die Einzelaufträge werden wie folgt erteilt: Der erste Einzelauftrag aus dieser Rahmenvereinbarung wird an diejenige Partei erteilt, die unter Berücksichtigung der bekanntgemachten Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot für die Leistungen dieser Rahmenvereinbarung abgegeben hat. Der jeweils nächste Einzelauftrag wird hiernach an diejenige Partei erteilt, die das jeweils nächstwirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Nachdem hiernach alle Parteien Einzelaufträge erhalten haben, werden die folgenden Aufträge bis zum Ende der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung jeweils wieder in der beschriebenen Reihenfolge vergeben (rollierendes Prinzip). Rahmenvereinbarungen sind Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern oder Sektorenauftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen, die dazu dienen, die Bedingungen für die öffentlichen Aufträge, die während eines bestimmten Zeitraums vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere in Bezug auf den Preis. Diese Einzelauftragsvergaben werden ausschließlich durch die im Vergabeverfahren benannten Auftraggeber an das(die)jenige(n) Unternehmen erteilt, das(die) zu diesem Zeitpunkt Vertragspartner der Rahmenvereinbarung ist(sind). Es werden ca. 13 Einzelaufträge erwartet, davon ca. 10% der anrechenbaren Kosten für Umbauten und Modernisierungen, 1% für Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen und ca. 89% für Neubauten. Mögliche Objekte aus der Objektliste Gebäude, Anlage 10 HOAI sind "Wohnen, Büro/Verwaltung/Staat /Kommune, Gesundheit/Betreuung, Handel und Verkauf/Gastgewerbe, Freizeit und Sport Gewerbe/Industrie/Landwirtschaft, Infrastruktur." Die Einzelabrufe aus der Rahmenvereinbarung können bezüglich der Baukosten größere und kleinere Bauprojekte enthalten. Die Rahmenvereinbarung ist als VS-Maßnahme (>>VS-OFFEN<<) eingestuft. Die Einstufung der konkreten Projekte erfolgt erst im Einzelabruf. Hauptorte der Ausführung: Es handelt sich bei den geplanten Einzelabrufen (Projekten) um Bundeswehr- Liegenschaften im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern. Der Zuständigkeitsbereich umfasst folgende Kreise/Kreisfreie Städte: Donnersbergkreis, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach, Pirmasens, Bruchmühlbach-Miesau, Kreis Kaiserslautern, Zweibrücken,

Kaiserslautern, Südwestpfalz, Kusel. . Bedingung für die Ausführung des Auftrags: Die Bauarbeiten werden in einem militärischen Sicherheitsbereich ausgeführt. Es dürfen nur solche Bewerber am Verfahren teilnehmen und den Auftrag erhalten, die ihren Geschäftssitz in einem NATO-Staat haben. Besucher aus Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken haben grundsätzlich keinen Zutritt zu militärischen Sicherheitsbereichen ("Staatenliste", s. Vergabeunterlagen). Die Staatenliste im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG wurde festgelegt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat. Bei der Planung und Durchführung der Baumaßnahme dürfen keine Beschäftigten eingesetzt werden, die aus Staaten stammen, in denen nach Feststellung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat besondere Sicherheitsrisiken für die mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit befassten Personen zu besorgen sind (Staaten i. S. d. § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG). Der Bewerber muss die Bereitschaft zur Sicherheitsüberprüfung aufweisen. Form der Sicherheitsüberprüfung: Ü2 nach SÜG. Frist für die Erlangung der Sicherheitsüberprüfung: Aktuell ist die Notwendigkeit einer Sicherheitsüberprüfung nicht abzusehen. Die Festlegungen ob und wann eine Sicherheitsüberprüfung erforderlich wird erfolgt im Einzelabruf. .
Interne Kennung: 24D0331

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der AG behält sich eine Beauftragung der Einzelaufträge in Leistungsstufen entsprechend der Musterrahmenvereinbarungen für Leistungen freiberuflich Tätiger im Bundesbau vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen (LPH) nach § 34 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5), Leistungsstufe 3 (LPH 6 und 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht. Den Umfang der stufenweisen Beauftragung regelt der Einzelauftrag. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den durch den Einzelauftrag geschlossenen Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Kaiserslautern

Land, Gliederung (NUTS): Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt (DEB32)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Hauptorte der Ausführung: Es handelt sich bei den geplanten Einzelabrufen (Projekten) um Bundeswehr- Liegenschaften im Zuständigkeitsbereich der LBB Niederlassung Kaiserslautern. Der Zuständigkeitsbereich umfasst folgende Kreise/Kreisfreie Städte: Donnersbergkreis, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach, Pirmasens, Bruchmühlbach-Miesau, Kreis Kaiserslautern, Zweibrücken, Kaiserslautern, Südwestpfalz, Kusel. .

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 5

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt 2 Jahre mit der Option auf maximal 5 Verlängerungen um jeweils ein weiteres Jahr bis zu maximal 7 Jahren gemäß § 14 Absatz 6 VSVgV. Die maximale Gesamtvertragslaufzeit beträgt somit 84 Monate.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# . Mit Angebotsabgabe ist eine

Darstellung zu den qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien einzureichen, welche Bestandteil des Angebotes ist. .

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem

einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in

Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder

Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die

Gesellschaftsform dies erfordert. .

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung / Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Teilnahmeberechtigt sind nach natürliche Personen,

die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die

Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend

tätig zu werden und eine Bauvorlageberechtigung nach § 64 Abs. 2 LBauO Rheinland-Pfalz

besitzen. Alternativ wer in einer von der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz zu führenden Liste

eingetragen ist; in die Liste ist auf Antrag einzutragen, wer aufgrund des Landesgesetzes zum

Schutz der Berufsbezeichnungen im Ingenieurwesen und über die Ingenieurkammer

Rheinland-Pfalz als Absolventin oder als Absolvent des Fachbereichs Bauingenieurwesen die

Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur zu führen berechtigt ist und danach mindestens

zwei Jahre auf dem Gebiet der Objektplanung von Gebäuden praktisch tätig war; die

Eintragung in eine vergleichbare Liste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland

gilt auch in Rheinland-Pfalz. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen. Juristische

Personen oder Bergwerkgemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die

Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die

vorgenannten Anforderungen erfüllt. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines

Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den

Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn

ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36

/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55

/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der

vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierte Stelle über

die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden. Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat niedergelassen und dort bauvorlageberechtigt sind, gilt § 64 Abs. 3 bis 5 LBauO RLP. .

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Als Nachweis ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: eine aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss bei Abschluss der Rahmenvereinbarung eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine zusätzliche schriftliche Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei einer Bewerbergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den geforderten Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder enthalten ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Berufshaftpflicht des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 3,00 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 5,00 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers. Bei einer Bewerbergemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken. .

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) über den allgemeinen Jahresumsatz (brutto) und den spezifischen Jahresumsatz (brutto) in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert. Als Mindeststandards werden gefordert: Der allgemeine Jahresumsatz brutto der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss

im Durchschnitt mind. 1.000.000,- Euro pro Jahr betragen. . Der spezifische Jahresumsatz brutto in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Objektplanung Gebäude und Innenräume) muss im Durchschnitt mind. 500.000,- Euro pro Jahr betragen. .

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzprojekte des Unternehmens

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Für den Bewerber (Unternehmen/Büro) / die Bewerbergemeinschaft, sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. . Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme b) Auftraggeber mit Name und Anschrift c) Art der Maßnahme d) Nutzungsart des Gebäudes, e) Rechnungswert (Honorar, netto) f) Baukosten brutto (KG 300+400) g) Schwierigkeitsgrad der Baumaßnahme (Honorarzone) h) erbrachte Leistungsphasen i) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis) und Beginn und Abschluss der LPH 8 und der Bauausführung . Für die Referenzprojekte gelten folgende

Mindestanforderungen: Referenzanforderung Bewerber (Unternehmen / Büro):

Referenzkriterium 1: Mind. 3 Referenzen über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 34 HOAI) für den Neubau von mind. 5,00 Mio. EUR Baukosten brutto (KG 300+400). Es muss sich um mind. 3 unterschiedliche Objekte aus der Objektliste Anlage 10 HOAI aus den Bereichen "Wohnen, Büro/Verwaltung/Staat/Kommune, Gesundheit/Betreuung, Freizeit/ Sport, Handel und Verkauf/Gastgewerbe, Gewerbe/Industrie /Landwirtschaft, Infrastruktur" handeln. Die Maßnahmen müssen der Honorarzone III nach § 35 zugeordnet sein. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 15.07.2014 und Leistungssand zum Ablauf der Teilnahmefrist mind. LPH 8 oder Bauausführung abgeschlossen. . Referenzkriterium 2: Erfahrung mit Bundeswehrprojekten (kein Ausschlusskriterium) Vorlage von Referenzen über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-6, 8 gem. § 34 HOAI) von einer Maßnahme für die Bundeswehr von mind. 2,00 Mio. EUR Baukosten brutto (KG 300+400). .

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 60,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl gesamt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. . Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenanzahl des Bewerbers (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 10 Beschäftigte betragen. .

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl der spezifischen Fachrichtung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: . Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten drei Jahren für die Fachrichtung Objektplanung Gebäude und Innenräume ersichtlich ist. . Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Zahl der Beschäftigten der Fachrichtung Objektplanung Gebäude und Innenräume in den letzten drei Jahren muss mind. 5 Beschäftigte betragen. .

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung des Büros und des Schlüsselpersonals sowie Qualifikation des Schlüsselpersonals für die Abwicklung der Rahmenvereinbarung

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, vertiefende Angaben des Bewerbers zu technischen Belangen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahme unter Zugrundelegung der Projektanforderungen im Rahmen der Rahmenvereinbarung.

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Herangehensweisen an spezifische Auftraggeberanforderungen: Hier Bundeswehrprojekte

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Wertungshonorar

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist. Die Ermittlung des Wertungshonorars erfolgt gemäß Vorgaben im Preisblatt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 25

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/09/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDF59/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDF59>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Nicht zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDF59>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/09/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 22 VSVgV nachzufordern. Bewerberunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Teilnahmefrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: . Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (s. Bewerbungsbogen) vorzulegen. Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich. Des Weiteren sind EDV-Schnittstellen zum Austausch von BIM-Dateien erforderlich. .

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: . Eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist anzugeben. (s. Bewerbungsbogen inkl. Anlagen) .

Finanzielle Vereinbarung: keine

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 3

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen. .

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Amt für Bundesbau -ABB-

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch d. Bundesministerium d. Verteidigung, vertreten durch d. Amt für Bundesbau (ABB), vertreten d. Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) NL Kaiserslautern, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Registrierungsnummer: DE 194427360

Postanschrift: Rauschenweg 32

Stadt: Kaiserslautern

Postleitzahl: 67663

Land, Gliederung (NUTS): Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt (DEB32)

Land: Deutschland

Kontaktperson: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Registrierungsnummer: DE194427360

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56077

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Amt für Bundesbau -ABB-

Registrierungsnummer: t:06131140880

Postanschrift: Wallstraße 1

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55122

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: postfach@abb-rlp.de

Telefon: +49 6131-140880

Fax: +49 6131-1408810

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Registrierungsnummer: DE194427360

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56077

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

7bc5e858-2e92-43a0-bb64-57d9c5912269-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: 1) Verfahrensangaben: Rechtsbehelfsverfahren / Nachprüfungsverfahren: Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: Ergänzung: - Amt für Bundesbau - ABB 2) Auftragsgegenstand: Beschreibung der Beschaffung: - Entfall der Formulierung: "Die Rahmenvereinbarung ist ein für die in der Bekanntmachung und den Besonderen Vertragsbedingungen genannten Laufzeit abgeschlossener Vertrag, der den/die Auftragnehmer verpflichtet, die mit Einzelaufträgen abgerufenen Leistungen zu den in der Rahmenvereinbarung und dem jeweiligen Einzelauftrag festgelegten Bedingungen auszuführen." - Neue Formulierung: "Rahmenvereinbarungen sind Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern oder Sektorenauftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen, die dazu dienen, die Bedingungen für die öffentlichen Aufträge, die während eines bestimmten Zeitraums vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere in Bezug auf den Preis." Ergänzung: - Es werden ca. 13 Einzelaufträge erwartet, davon ca. 10% der anrechenbaren Kosten für Umbauten und

Modernisierungen, 1% für Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen und 89% für Neubauten. Umfang der Auftragsvergabe: - Beschreibung der Vertragsverlängerung. Vergabe von Unteraufträgen: Ergänzung: der Auftragnehmer muß alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben. 3) Verfahren: Angaben zur Rahmenvereinbarung: - geplante Höchstzahl der Beteiligten der Rahmenvereinbarung ergänzt - geschätzter Höchstwert der Rahmenvereinbarung ergänzt Sonstige / weitere Angaben: Zusätzliche Informationen: - Pkt. 4): Einreichung des Teilnahmeantrags/Bewerbungsbogen mit Originalunterschrift erforderlich

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 31b83f2c-8f7c-44cf-98f6-d6243f5796be - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/08/2024 13:47:10 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 520825-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 169/2024

Datum der Veröffentlichung: 30/08/2024